

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Schlagabtausch in Bonn

Die Vorgänge um den Austritt radioaktiver Teilchen aus dem vorerst abgeschalteten Hochtemperatur-Reaktor in Hamm-Üntrop (Nordrhein-Westfalen) haben am Donnerstag in Bonn im deutschen Bundestag zu einem heftigen Schlagabtausch zwischen konservativ-liberaler Koalition und sozialdemokratisch-grüner Opposition geführt.

Sowjetunion in Südjemen

Der südjemenitische Ministerpräsident Jassid Said Noman hat in Moskau erklärt, dass die Freundschaft und die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion «der wichtigste Faktor» bei der Entwicklung des revolutionären Prozesses in Südjemen sei. Dies war am Donnerstag der Parteizeitung «Prawda» zu entnehmen.

Rund vier Prozent «Nica-Bananen»

Bern (AP) Nach Ablauf der zweimonatigen Testphase haben sich die Bananen aus Nicaragua im normalen Handel in der Schweiz etabliert, nachdem sie zunächst nur an Ständen, in Drittweit- und in Alternativläden erhältlich waren. Die Testphase sei zur vollen Zufriedenheit verlaufen, teilten die Organisatoren der Nicaragua-Bananenaktion am Mittwoch in Bern mit. Bei zunehmenden Verkaufszahlen würden zurzeit wöchentlich 30 bis 40 Tonnen Nicaragua-Bananen abgesetzt, was einem Marktanteil von rund vier Prozent entspreche.

Die Nachfrage sei bei allgemein stagnierendem oder gar abnehmendem Bananenkonsum im Steigen begriffen. Mit dem Verkauf der «Nica-Bananen» mit dem kleinen Unterschied hatten verschiedene schweizerische Entwicklungsorganisationen im Rahmen einer Aktionswoche im vergangenen März begonnen. Nach dem grossen Erfolg dieser Aktion — statt der erwarteten 15 Tonnen gelangten mehr als 125 Tonnen in den Verkauf — beschlossen die Initianten, die Nicaragua-Bananen weiter anzubieten. Zurzeit werden sie von mehr als 40 Grossisten vertrieben.

Die Hilfswerke betrachten die «Nica-Bananen» als ein Beispiel für einen gerechten Handel mit der Dritten Welt mit dem Ziel, einen Beitrag zu besseren Lebensbedingungen in Nicaragua zu leisten. Diese Bananen werden erstmals in der Geschichte Südamerikas nicht über die Kanäle der Bananenkonzerne vermarktet. Dadurch soll ein grosser Teil des Erlöses ins Produzentenland zurückfliessen. Im Verkaufspreis der «Nicas» ist auch ein Solidaritätsbeitrag enthalten, mit dem ein Projekt für Bananenarbeiter in Nicaragua unterstützt wird. Bisher kamen dafür nach Angaben der Initianten 70'000 Franken zusammen.



WM heute Freitag

- 20.00 Brasilien – Algerien (In Guadalajara)
- 20.00 Ungarn – Kanada (In Irapuato)
- 24.00 England – Marokko (In Monterrey)

Autofreier Sonntag weiterhin auf freiwilliger Basis

Mehr Autos als im Vorjahr – Regierung plant attraktivere Aktionen zum Mitmachen

Auch Erfolge sind, um an ein bekanntes geflügeltes Wort anzuknüpfen, relativ. Der autofreie Sonntag vom 25. Mai hat nach Angaben von Regierungsrat Wilfried Büchel mehr Verkehr gebracht, als sich die Befürworter der Aktion erhofft hatten, doch befolgten viele einheimische Autofahrer den Aufruf der Regierung, an diesem Tag auf das Motorfahrzeug freiwillig zu verzichten. Trotz der schwächeren Befolgung des Aufrufes im Vergleich zum Vorjahr möchte die Regierung jedoch an der Freiwilligkeit der Aktion festhalten.

Der Regierung liegt ein Bericht über den autofreien Sonntag vor, der die Zählungen des Verkehrs an den zwei meistbefahrenen Kreuzungen Lindenplatz (Schaan) und Au (Vaduz) enthält, doch möchte die Regierung, wie Regierungsrat Wilfried Büchel auf Anfrage erklärte, vor der Veröffentlichung selbst zur Kenntnis nehmen, wie die Aktion abgelaufen ist. Der Ressortinhaber für Verkehr betonte jedoch, dass trotz des stärkeren Verkehrsaufkommens der autofreie Sonntag als ein Erfolg bezeichnet werden könne. Viele Einheimische hätten an diesem Tag, der dank des guten Wetters dazu einlud, auf das Motorfahrzeug verzichtet und sich zu Fuss oder mit dem Fahrrad auf den Weg gemacht.

Auf freiwilliger Basis

Dass nicht alle Automobilisten aus unserem Land den Aufruf befolgten, liegt nach Ansicht von Regierungsrat Büchel in der Natur der Sache. Die Regierung habe auch bei der dritten Auflage des autofreien Sonntags an der Freiwilligkeit festgehalten und werde – sofern es weitere autofreie Sonntage geben sollte – an diesem Grundsatz festhalten. Behördlicher Druck ist, so Wilfried Büchel, bei einer Aktion, die zum Umdenken anregen und zu einem Bewusstwerden führen soll, fehlt am Platz. Den Erfolg sieht er vor allem in der Tatsache, dass viele Einheimische an diesem Tag wirklich auf das Auto verzichteten und das Postauto benützten oder das Fahrrad hervorholten.

Mehr Einheimische und mehr Ausländer

Genaue Zahlen wollte Regierungsrat Büchel vor der Kenntnisnahme des Berichtes durch die Regierung nicht nennen, doch haben sich nach seinen Worten die liechtensteinischen Fahrzeuge im Vergleich zum ersten autofreien Sonntag – am 21. April 1985 – etwa verdoppelt. Ihre Zahl lag demnach auch höher als bei der zweiten Auflage im Herbst des letzten Jahres, als das Wetter die Aktion auch beeinflusste. Bei den Ausländern konnte, wie er weiter ausführte, ebenfalls

ungefähr eine Verdoppelung der Fahrzeugfrequenz gegenüber dem Vorjahr festgestellt werden. Interessant dabei ist nach seiner Meinung, dass sich die Zahl der Fahrzeuge mit schweizerischen Kennzeichen praktisch nicht verändert hat, was darauf schliessen lässt, dass der internationale Durchgangsverkehr zugenommen hat und möglicherweise die autofreie Aktion in Vorarlberg nicht den erhofften Rückgang der Motorfahrzeuge brachte. Bei den ausländischen Fahrzeugen hat sich nach Ansicht von Regierungsrat Wilfried Büchel bereits der Reiseverkehr in Nord-Süd-Richtung bemerkbar gemacht, da die autofreie Aktion einen Monat später als im Vorjahr erfolgte.

Nächster autofreier Sonntag im Herbst?

Über die Weiterführung der Aktion «autofreier Sonntag» hat die Regierung offenbar noch nicht entschieden. Regierungsrat Büchel jedoch vertritt die Meinung, dass weitere derartige Aktionen

folgen sollten, auch wenn die Aufrufe der Regierung nicht unbedingt den erhofften Erfolg bringen. Als nächstes Datum für einen autofreien Sonntag bietet sich der Betttag an, der auf den 21. September eingeführt werden soll. Mit dem von der Regierung bereits verhängten Veranstaltungsverbot könnte für diesen Tag mit einer erfolgreicheren Aktion gerechnet werden. Es sind auch, wie Regierungsrat Büchel erklärte, verschiedene Möglichkeiten zur attraktiveren Gestaltung des autofreien Sonntags zur Diskussion gestellt worden. Vorschläge liegen in Form von generellen Tempolimiten, von gänzlichen Fahrverboten auf verschiedenen Strecken oder in bezug auf öffentliche Veranstaltungen auf Landes- oder Gemeindeebene vor. «Offenbar muss ein gewisses Angebot an Möglichkeiten vorliegen», meinte Regierungsrat Wilfried Büchel, «damit die Aufrufe zum freiwilligen Verzicht auf das Auto auf fruchtbaren Boden fallen.» (G.M.)

Vermehrtes Mitspracherecht der Frauen

Forderungen nach Einsetzung einer Kommission für Frauenfragen

Die deutsche Bundesregierung ist nicht nur um ein neues Ministerium für Umwelt- und Reaktorsicherheit erweitert worden, sondern das Familienministerium erhielt durch eine neue Abteilung für Frauenfragen auch eine Aufwertung. In unserem Land hat die FDP-Fraktion im letzten Sommer ein Postulat zur Bildung einer Kommission, die sich mit der Gleichberechtigung beschäftigen will, eingebracht. Und auch die «Freie Liste» fordert eine Kommission für Frauenfragen.

Fragen der Gleichberechtigung und Fragen, die sich speziell mit der Situation der Frauen in der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft beschäftigen, sind derzeit von besonderer Aktualität. Die FDP-Fraktion hat deshalb im letzten Sommer ein Postulat eingereicht, mit der Forderung an die Regierung, eine Kommission zu bestellen, die sich mit der Gleichberechtigung von Mann und Frau in der liechtensteinischen Gesetzgebung befasst und dieses Anliegen in der Öffentlichkeit bewusst macht.

Ausgehend von der Antwort der Regierung auf die Frage nach der rechtlichen Stellung der Frauen in der Ehe, Familie, Staat und Gesellschaft gelangte die FDP-Fraktion zur Auffassung, dass in diesem Bereich noch viel zu tun sei. Eine Kommission, die der Regierung zur Seite stehen würde, und in der insbesondere

Frauen zu Worte kommen sollten, könnte nach Ansicht der FDP solche Aufgaben übernehmen, wobei besonders an die Öffentlichkeitsarbeit gedacht ist. Den Frauen wäre auf diese Art bereits im Vorfeld künftiger Regelungen ein Mitspracherecht eingeräumt und auf diesem Wege dem Anliegen der Gleichberechtigung der Frau Rechnung getragen.

In der kürzlich erschienenen Aussendung forderte auch die «Freie Liste» die Einsetzung einer Kommission für Frauenfragen, die von Frauen besetzt werden sollte. Die Aufgaben der Kommission würde darin bestehen, die Stellung der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu verbessern, den Zugang der Frauen zu allen öffentlichen Aufgaben zu fördern, alle Benachteiligungen der Frauen zu beseitigen sowie durchzusetzen, dass alle Ausbildungs- und Erwerbsplätze zur Hälfte mit Frauen besetzt werden können. Im weiteren soll sich die Kommission für einen geschlechtsneutralen Sprachgebrauch einsetzen und ein Rechtssetzungsprogramm erarbeiten, das Vorschläge zur Abänderung der Ungleichheiten enthält.

Die Regierung hat ihren Bericht auf das Postulat der FDP noch nicht veröffentlicht. Er wird jedoch in absehbarer Zeit folgen, wobei möglicherweise auch die Forderungen der «Freien Liste» mitberücksichtigt werden.

Tempo 100 auf Schweizer Autobahnen abgelehnt

Nationalrat in Bern diskutierte gestern über neue Tempolimiten

Bern (spk) Der Schweizer Nationalrat hat am Donnerstag zwei Anträge auf Tempo 100 auf Autobahnen mit 72:37 und 65:42 Stimmen abgelehnt, eine bürgerliche Motion auf Beibehaltung von Tempo 80/120 bis zur Abstimmung über die Initiative «pro Tempo 100/130» dagegen oppositionslos als Postulat überwiesen. Ausserdem überwies er stillschweigend und mit Einverständnis des Bundesrates eine Motion, wonach die Gemeinden die Befugnis erhalten sollen, weitergehende Geschwindigkeitsbeschränkungen einzuführen.

Die Motion beauftragt den Bundesrat, das Verfahren für Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Gemeinde- und Quartierstrassen zu erleichtern. Damit sollen die Gefahren des Strassenverkehrs verringert und Umwelt und Wohngebiete geschützt werden. Paul Günter (LdU/BE) zog seine parlamentarische Initiative, die in der gleichen Richtung zielte, zurück.

Oppositionslos als Postulat überwiesen wurde eine von 43 bürgerlichen Nationalräten mitunterzeichnete Motion des Gen-

fer Freisinnigen Jean Revaclier, die vom Bundesrat verlangt, Tempo 80/120 über die beschlossene Geltungsdauer (bis 31. Dezember 1987) hinaus in Kraft zu lassen, bis die Abstimmung über die Initiative «pro Tempo 100/130» stattgefunden hat. Eine Motion Edgar Öhlers (CVP/SG), Tempolimiten grundsätzlich definitiv im Strassenverkehrsgesetz festzusetzen, scheiterte mit 45:25 Stimmen.

Keine Chance für Tempo 100

Als Gegenvorschlag zur Volksinitiative für Tempo 100/130 verstand Andreas Herzog (Poch/ZH) seine von den Sozialdemokraten und der LdU/EVP-Fraktion unterstützte, von SVP, FDP und CVP bekämpfte parlamentarische Initiative für Tempo 100 auf der Autobahn.

Paul Günter (LdU/BE) unterstützte die beiden Vorstösse, beantragte jedoch eine katalysatorfreundliche Ergänzung: Der Bundesrat solle für jene Autos, welche die ab Oktober 1987 geltenden strengeren Abgasnormen erfüllten, die Möglichkeit höherer Autobahn-Tempi vorsehen.

Vor der Ratsmehrheit fand keiner der Tempo-100-Vorstösse Zustimmung: Das bürgerliche Postulat wurde mit 65:42, der LdU-Antrag zusammen mit dem Poch-Vorstoss mit 72:37 Stimmen abgelehnt.

Abgelehnt wurden mit 42:32 auch ein Postulat des Appenzeller «Grünen» Herbert Maeder zur Belassung der Höchstbreite von Lastwagen und Reiseautos bei 2,3 Metern und mit 59:26 Stimmen eine Motion Günter (LdU/BE) über die Abgas-Sanierung von Altwagen.

Nicht repräsentativ

Pierre Etique (FDP/JU) wollte die Meinung des Bundesrates zu einem Abgas-Versuch des Automobil-Clubs der Schweiz (ACS) im Wallis wissen. Der Test mit sechs repräsentativen Personewagen habe ergeben, dass bei Einhaltung von Tempo 80/120 der Benzinverbrauch gegenüber den «alten» Höchstgeschwindigkeiten (100/130) durchschnittlich um 7,8 Prozent angestiegen sei und die Aufmerksamkeit der Fahrer deutlich nachgelassen habe.

Landtagssitzung

Traktanden vom 26. Juni

(paf) – Der Liechtensteinische Landtag wird am Donnerstag, 26. Juni 1986, um 9.00 Uhr, tagen und folgende Geschäfte behandeln:

- Gesetzesvorlage betreffend die Abänderung des Arbeitsgesetzes (Einführung des 8. September – «Maria Geburt» – als gesetzlicher Feiertag)
- Gesetzesvorlage betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Liechtensteinische Landesbank
- Erhöhung des Dotationskapitals der Liechtensteinischen Landesbank und Aufnahme eines langfristigen Darlehens
- Bewilligung eines Verpflichtungskredites für den Bau des Berufsschulzentrums Buchs
- Ausrichtung einer erhöhten Subvention und Gewährung eines zinslosen Vorfinanzierungsdarlehens an die Gemeinde Triesenberg für die Abwasser-sanierung Steg-Malbus
- Rechenschaftsbericht der Regierung und Landesrechnung für das Jahr 1985
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung der Liechtensteinischen Kraftwerke für 1985
- Gemeinde Triesenberg – Konzession zur Veranstaltung und Verbreitung eigener Fernsehprogramme
- Bestellung eines ad-hoc-Vorsitzenden für die Verwaltungsbeschwerdeinstanz
- Wahl des Aufsichtsrates der Liechtensteinischen Kraftwerke

Regen-Auswirkung auf Stromproduktion

Baden (AP) Positive und negative Auswirkungen auf die Stromproduktion haben die starken Niederschläge der letzten Tage und die dadurch steigenden Pegelstände der Gewässer. Vom Hochwasser der Flüsse beeinträchtigt wird die Stromproduktion an den Laufkraftwerken, wie am Mittwoch Heinz Baumberger, stellvertretender Direktor der Nordostschweizer Kraftwerke AG (NOK), in Baden erklärte.

Bei hohen Pegelständen der Fließgewässer sinkt das Gefälle zwischen Ober- und Unterwasser bei den Kraftwerken vor allem als Folge von Rückstaus. «An unseren Laufkraftwerken an Aare und Rhein produzieren wir derzeit 20 Prozent weniger Strom als bei optimalen Bedingungen», sagte Baumberger.

Die Stauseen der Elektrizitätswirtschaft im Alpengebiet dagegen profitieren von den vielen Niederschlägen. Laut NOK waren anfangs Juni die Schweizer Stauseen im Durchschnitt zu 34 Prozent gefüllt, während es vor einem Jahr nur 23 Prozent waren. Einzelne Stauseen im Voralpengebiet seien bereits nahezu voll, hiess es.

Nebenbei

Wir können wieder, wie es in einer Mitteilung unserer Behörden heisst, unbedenklich unsere Luft einatmen, das Trinkwasser geniessen, die Milch unserer Kühe zu uns nehmen, uns keine Scheu vor frischen Salaten und Gemüse auflegen – kurz, die Lage nach Tschernobyl hat sich normalisiert: «Die Radioaktivität im Fürstentum Liechtenstein nähert sich Normalwerten».

Doch was ist hier normal? Die kleinen Dosen radioaktiver Strahlung, die offenbar auch aus anderen Kraftwerken schon entwichen sind? Oder die Strahlungen von den Atomwaffentests, die seit langem schon in regelmässigen Abständen durchgeführt werden?